



AUSSENSICHT

Alexandra Weiss spricht sich mit Blick auf die soziale Ungleichheit für die Verkürzung der Arbeitszeit aus.

35 Stunden sind mehr als genug

Eine Verkürzung der Arbeitszeit ist mehr als überfällig. Sie ist einer der Umverteilungsmechanismen, mit dem Unternehmensgewinne an die Beschäftigten weitergegeben werden. Die letzte Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich fand in Österreich aber vor 45 Jahren statt. Was wir seitdem erleben, ist eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Die Rate der Teilzeitbeschäftigten steigt, inzwischen sind es 30 Prozent, bei Frauen sogar 50 Prozent. Auch Beschäftigungsformen wie Leiharbeit, geringfügige Beschäftigungen oder Scheinselbstständigkeit haben dazu geführt, dass am erwirtschafteten Reichtum immer weniger beteiligt werden.

Der Neoliberalismus hat dafür gesorgt, dass diese weder sozial noch ökonomisch sinnvolle Politik als „wirtschaftlich notwendig“ durchgesetzt werden konnte. Die sozialen Verwerfungen

dieser Politik sind bereits Ende der 1990er-Jahre überdeutlich geworden: Zunahme von Armut, die Rückkehr von Phänomenen wie „Armut trotz Erwerbsarbeit“, von denen man glaubte, sie mit dem modernen Wohlfahrtsstaat beseitigt zu haben.

Der Neoliberalismus hat dafür gesorgt, dass eine freche Umverteilung von unten nach oben als notwendig durchgesetzt wurde.

Dass es sich nicht um wirtschaftliche Notwendigkeiten, sondern um eine freche und verantwortungslose Umverteilungspolitik von unten nach oben handelt, ist inzwischen vielen klar. Sie hat die Lebenschancen und Zukunftsperspektiven großer Teile der Bevölkerung massiv eingeschränkt, wenn nicht zerstört. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung ist die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche mehr als moderat. Aber auch der Gesundheitszustand eines großen Teils der abhängig Beschäftigten, insbesondere im Bereich der Pflege, sollte Grund genug dafür sein, die längst fällige Arbeitszeitverkürzung umzusetzen. Ob die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft sich jetzt durchsetzen, wird zukunftsweisend für alle Arbeitnehmer in Österreich sein. Und es ist entscheidend für die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft. Denn steigende soziale Ungleichheit gefährdet auch die politische Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger.

Alexandra Weiss ist Politikwissenschaftlerin an der Universität Innsbruck.

PISMESTROVIC



Rammbock

KARIKATUR: PETAR PISMESTROVIC



ESPRESSO

Betreff: Warum wir auf Blattgold lieber verzichten

Goldrichtig

Kürzlich bei einem Online-Anbieter entdeckt: Blattgold 35 x 35 Millimeter, Lebensmittelqualität, also essbar. Zehn Blättchen zu wohlfeilen 6,99 Euro. Schmeckt zwar angeblich nach nichts, macht sich aber gut auf Hochzeitstorten, Muffins oder Steaks. Und ist immerhin eines der ältesten Heilmittel, das zum Beispiel Ende des 19. Jahrhunderts gerne bei Syphilis oder Tuberkulose verordnet wurde.

Zurzeit wird Gold aber ohnehin lieber eingelagert als gegessen – was we-

niger mit der Fastenzeit als mit der Angst vor dem Coronavirus zu tun hat. Obwohl: Wenn wir schon fasten, dann gerne auch Blattgold ...

Weil aber ohnehin Heim und Herd Gold wert sind, könnte man sich anlässlich der Fastenzeit wieder einmal darauf besinnen, regional und saisonal einzukaufen. Und nur so viel, wie man auch tatsächlich verbrauchen kann. Und das möglichst auch noch plastikfrei. Damit liegt man dann sicher goldrichtig.

Marianne Fischer

LICHTBLICK

Grätzl statt Einkaufszentren

Wien will mit viel Anstrengung zur „Viertelstunden-Stadt“ werden.

Das nächste Lebensmittelgeschäft, der nächste Arzt, der nächste Handwerksbetrieb, ja selbst der nächste Park – sie alle sollen aus allen Gebieten Wiens jeweils in maximal 15 Minuten erreichbar sein. Zu Fuß und nicht mit Auto oder U-Bahn, was derzeit öfters notwendig ist.

Diesen engagierten Plan gab gestern Wiens Vizebürgermeisterin Birgit Hebein (Grüne) bekannt. Zur Umsetzung der angestrebten „Viertelstun-

den-Stadt“ Wien sind allerdings einige Maßnahmen geplant. So wurden gut 50 Gebiete definiert, die zu kleinen Grätzl-Zentren gestaltet werden. Mit allen genannten Nahversorgern.

Klappt der Plan, dann kann selbst eine Millionenstadt wie Wien wieder zum klassischen Dorfplatz werden. Oder besser gesagt zu 50 davon. Bewohner und auch Touristen werden es danken. Und manchen auch den Einkaufszentren fernbleiben. **D. Marcher**